

# **Doppelhaushalt 2017/18**

**Oberbürgermeister**

**Dr. Frank Mentrup**

26. Juli 2016

! Das Manuskript seiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts 2017/2018 ist von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup in der hier vorliegenden Fassung freigegeben und uneingeschränkt zitierfähig - genauso wie seine mündlichen Ergänzungen während der Gemeinderatssitzung am 26. Juli 2016 !

# Inhalt

1. Einleitung .....	3
1.1 Weltwirtschaft und Deutschland .....	3
1.2 Kommunal финанzen .....	5
2. Karlsruhe .....	11
3. Schwerpunkte der Stadtpolitik .....	19
3.1 Die 'moderne' Verwaltung .....	19
3.2 Die Zukunft der Innenstadt .....	21
3.3 Sauberkeit und Sicherheit .....	28
3.4 Mobilität .....	32
3.5 Region / Internationalisierung .....	35
3.6 Wirtschaft und Wissenschaft .....	38
3.7 Soziale Stadt .....	41
3.8 Wohnungsbau .....	46
3.9 Die Grüne Stadt .....	48
3.10 Heimattage .....	52
4. Ausblick .....	55

## **1. Einleitung**

„Und sie bewegt sich doch“. Dieser Satz, der gemeinhin Galileo Galilei zugeschrieben wird, kommt mir immer wieder in den Sinn, wenn wir über den Doppelhaushalt 2017/18 reden – wenn auch in einer ganz anderen Bedeutung. Wir stehen vor schwierigen Haushaltsjahren. Das ist nichts Neues. Das habe ich bereits in meiner zurückliegenden Haushaltsrede betont. Die berühmte „Nagelschere“ und das kosmetische Schnippeln mit ihr reicht nicht mehr. Wir müssen auch strukturelle Entscheidungen treffen. Das wird auch wehtun. Wegducken geht nicht; ein ungesteuertes „Weiter so“ gibt es nicht. Aber ich bin überzeugt – wir werden das gemeinsam schaffen. Karlsruhe wird sich weiter bewegen, sich weiter entwickeln, attraktiv bleiben für die, die da sind, und attraktiv werden, für die, die es kennenlernen – gerade weil wir den Mut haben, haben müssen, zu unpopulären Maßnahmen, aber vor allem dazu, die Entwicklung unserer Stadt, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, sie gemeinsam und verantwortlich zu gestalten.

### **1.1 Weltwirtschaft und Deutschland**

Insgesamt ist die weltwirtschaftliche Lage abgeschwächt, die konjunkturelle Dynamik bleibt vorerst gering. In Deutschland haben kauflustige Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr Unternehmensinvestitionen, ein Bauboom sowie ein milder Winter dafür gesorgt, dass die Wirtschaft rasant ins Jahr 2016

gestartet ist. Ökonomen sind allerdings davon überzeugt, dass das Wachstumstempo sich bald wieder verlangsamen wird - und geben deshalb grundsätzlich eher verhaltene Prognosen ab.

Zu Spüren ist dies aktuell allerdings (noch) nicht. Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sprudeln, der heimische Arbeitsmarkt ist nahezu leergefegt und die Zinsen für Investitions- aber auch Konsumkredite sind auf einem historischen Tiefstand angekommen. So haben Beschäftigungszuwächse, deutliche Lohnsteigerungen, die niedrige Inflation aufgrund der günstigen Rohstoffpreise, steigende Transferleistungen sowie die Aufwendungen hinsichtlich der Flüchtlingszuwanderung dafür gesorgt, dass unsere heimische Stabilität aktuell aus der starken Binnennachfrage resultiert und weniger aus der Exportwirtschaft.

Das ist jedoch trügerisch: die Wachstumsimpulse der derzeit lockeren Geldpolitik halten nicht ewig an – deren Wirkung lassen stetig und merklich nach. Insoweit ist mittlerweile eine große Gefahr in der aktuellen „Selbstzufriedenheit“ zu suchen. Zu wenig Reform-Elan wird sich langfristig spürbar bemerkbar machen. In der Sprache der Volkswirte bedeutet dies, dass das Produktivitätswachstum in der Bundesrepublik zu niedrig sein

könnte, um bei einer alternden Gesellschaft wie der unseren den Wohlstand dauerhaft zu erhalten. Zudem wird deutlich, dass dieses Wirtschaftsmodell einerseits global betrachtet endlich ist und andererseits auch stark auf Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aufsetzt. Unternehmen und die öffentliche Verwaltung sind gleichermaßen gefordert, weiter vor Ort Innovationsimpulse zu setzen wie sich international in gemeinsame Problemlösungen und eine solidarische Entwicklung für eine Zukunftsperspektive für alle einzubringen.

## **1.2 Kommunalfinanzen**

Der Deutsche Städtetag hat auf seiner jüngsten ordentlichen Hauptversammlung im Juni vergangenen Jahres eine beachtliche Erklärung abgegeben - mit dem Titel: „Wachsendes Gefälle zwischen den Städten – Entwicklungschancen für alle sichern“.

Investitionskraft stärken, Investitionsrückstand abbauen:

Danach sollen vor allem die Investitionskräfte der Städte wieder gestärkt werden, um den allgegenwärtigen

Investitionsrückstand abzubauen. Bundesweit ist der

Sanierungs- und Erneuerungsinvestitionsstau in die kommunale Infrastruktur, also in Straßen, Brücken, Kläranlagen und

Kanalnetze, in Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen, in öffentlichen Krankenhäusern, in Kultureinrichtungen sowie in

von der Verwaltung genutzten Liegenschaften zwischenzeitlich auf beachtliche 130-150 Mrd. Euro angewachsen.

2015 sind gerade einmal bundesweit 22 Mrd. Euro Sachinvestitionen getätigt worden, allein in Baden-Württemberg davon 4,3 Mrd. Euro. Mit Bayern zusammen wurden rd. 11 Mrd. Euro investiert, also rund die Hälfte der bundesweiten Kommunalinvestitionen nur in diesen beiden Bundesländern. Daran kann man ungefähr ablesen, wie kritisch die Situation sich in den restlichen Bundesländern darstellt.

Umso wichtiger war es, dass der Bund 2015 auf Initiative des Deutschen Städtetags ein Investitionsprogramm zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (KInvFG) im Umfang von 3,5 Mrd. Euro aufgelegt hat, um die dringlichsten Maßnahmen investieren zu können. Darüber hinaus ist es weiterhin von großem Interesse, wenn durch geeignete weitere Investitionsprogramme wieder alle Kommunen in die Lage versetzt werden, nach örtlichen Bedürfnissen zu investieren. Nur dann kann in den Kommunen aktiv gestaltet und Lebensqualität gesichert und ausgebaut werden.

Neben gezielten Projektförderprogrammen ist es aber auch wichtig, dass die Kommunen endlich wieder aus ihrem jährlichen Haushalt heraus Eigenmittel erwirtschaften, die sie

dann gewinnbringend für die Zukunftsfähigkeit in ihre Infrastruktur investieren können.

Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlasten:  
Dafür ist es mehr denn je notwendig, dass die Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlastet werden. Die Sozialausgaben sind nämlich die Ausgabenposition in den kommunalen Haushalten, die den größten Teil der Mittel bindet und darüber hinaus auch noch die, die am dynamischsten wächst, ohne dass die Kommunen oftmals direkt Einfluss nehmen können. Bundesweit sind die Sozialausgaben 2015 um 4,4 Mrd. Euro bzw. 9 Prozent auf jetzt über 54 Mrd. Euro angestiegen. Somit überkompensieren alleine die Sozialausgaben die konjunkturell bedingten Mehrerträge der Kommunen in Höhe von 3,2 Mrd. Euro.

Die dringend notwendige Entlastung ist auf zwei Arten möglich: Entweder durch direkte finanzielle Entlastung wie es nun vom Bund durch die Verwirklichung der Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen (SGB VIII) – Bundesteilhabegesetz, Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen – vorgesehen ist.

Über die bisherigen Mittel hinaus sollen nunmehr insgesamt 5 Mrd. Euro bereitgestellt werden. Den Kommunen sollen die

Mittel über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und direkt über die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft zufließen. Darüber hinaus sollen auch ein Teil durch den Umweg des Länderanteils an der Umsatzsteuer den Kommunen bereitgestellt werden. Wir werden an dieser Stelle genauestens darauf achten, dass diese Mittel nicht an anderer Stelle eingesetzt oder angerechnet werden.

Auch kann eine Entlastung der Kommunen eintreten, wenn sie mehr direkte Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gewisse Freiheiten bspw. in der Kinder- und Jugendhilfe bei der Wahl zwischen Regelangeboten und gezielte Einzelfallhilfen fördert die Zielgenauigkeit der Hilfe vor Ort bei oftmals verbessertem Ressourceneinsatz.

Diese Entlastungen im Bereich der Sozialausgaben sind allerdings noch keine Gewähr dafür, dass alle Kommunen in ausreichendem Maße Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen vornehmen können. Weitere direkte Entlastungen sind daher notwendig. Beispielsweise im Bereich der Verkehrsfinanzierung oder Städtebauförderung mit Schwerpunkten Quartiersentwicklungen und sozialem Wohnungsbau.

Zudem muss vom Bund aber auch von den Ländern noch stärker das sogenannte Konnexitätsprinzip eingehalten werden, wonach derjenige die Kosten für etwas bezahlen muss, wofür er auch verantwortlich ist. Ein konkretes Beispiel sind die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge, die sich bundesweit auf bis zu 1,5 Mrd. Euro aufsummieren können. Die darüber hinaus für eine sinnvolle und zeitnahe Integration der anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerber notwendige Finanzausstattung ist ebenso bereit zu stellen.

Aus den Fehlern der Vergangenheit sollte hierbei gelernt werden. Die Kommunen wurden allzu oft sprichwörtlich mit der Finanzierung „im Regen stehen gelassen“, was in vielen Kommunen auch zum Aufbau von nunmehr erheblichen Kassenkrediten führte. Bei nunmehr Ende 2015 erreichten Kassenkrediten von 49,6 Mrd. Euro - wovon rund 80 Prozent auf die Kommunen der Länder Nordrhein-Westfalen (55%), Hessen (13%) und Rheinland-Pfalz (13%) entfallen – kann man ungefähr abschätzen, dass die Handlungsfähigkeit in diesen Kommunen nur eingeschränkt gegeben ist. Neben diesem Ruf nach einer besseren Ausstattung der Kommunen mit Mitteln für die ihnen übertragenen Aufgaben ist auf europäischer Ebene auch der beherzte Umgang mit internationalen Steuersparmodellen bei international agierenden Unternehmen

eine wichtige Forderung und neben den entgangenen Einnahmen auch eine Frage von Gerechtigkeit und gemeinsam getragener Verantwortung. Die Steueroasen sind hier nicht die Cayman-Inseln oder Panama, sondern liegen mitten in Europa. Im europäischen Parlament sind die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker bereit, jetzt ist es an den nationalen Regierungen, an unserer nationalen Regierung, hier Mut zu zeigen.

## **2. Karlsruhe**

Lassen Sie mich konkret zum Zahlenwerk unseres DHH 17/18 kommen.

Ich lege Ihnen nunmehr einen Haushalt mit einem Volumen im Ergebnishaushalt von rd. 1,25 Mrd. Euro vor. Im Ergebnis erzielen wir gemessen am Gesamtvolumen moderate Überschüsse von 35,2 bzw. 1,9 Mio. Euro. Ich erinnere daran, dass das Ihnen heute vorgelegte Ergebnis noch zu Beginn des letzten Jahres nicht erreichbar erschien. Dies war nur möglich, da wir einen vorbildlichen Stabilisierungskurs eingeschlagen haben, der nunmehr im kommenden Doppelhaushalt erstmals sichtbar wird.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass in den kommenden Jahren die Personalausgaben und Sachkosten stärker steigen werden, als die Erträge. Der Ausgleich des Ergebnishaushaltes kann somit perspektivisch nicht mehr sichergestellt werden. Einfach ausgedrückt: Karlsruhe lebt über seine Verhältnisse. Ein "weiter so" kann es deshalb nicht geben.

Mit Ihrem Grundsatzbeschluss zur Haushaltsstabilisierung und der darin enthaltenen Ausdehnung des Prozesses über einen Zeitraum von 6 Jahren, haben Sie hierzu ein wichtiges und

richtiges Signal gesetzt. Denn eine sinnvolle Stabilisierung ist nur mit einem strategischen, mittelfristigen Horizont umsetzbar. Im laufenden Prozess haben wir alle Bereiche der Verwaltung beleuchtet. Kein Bereich – auch nicht die Beteiligungsgesellschaften - blieb außen vor. Darüber hinaus haben wir die Bürgerschaft aufgerufen, sich am Prozess zu beteiligen. Über die zahlreichen, konstruktiven Vorschläge unserer Bürgerinnen und Bürger habe ich mich sehr gefreut.

Die Stadt Karlsruhe ist mit der Notwendigkeit zu sparen nicht allein. Andere Kommunen in Baden-Württemberg beginnen oder haben bereits begonnen, Sparpakete zu schnüren, in denen sie auch ihre Aufgabenfelder und die Wahrnehmung der Aufgaben kritisch hinterfragen.

Uns allen ist bewusst, dass der notwendige Ausgleich des Ergebnishaushaltes nur mit einer Reduktion von Qualitäten und Angeboten von Seiten der Stadt sowie einer maßvollen Mehrbelastung der Bürgerschaft einhergehen kann. An uns liegt es nun, durch frühzeitiges Gegensteuern tiefergreifendere Einschnitte zu verhindern. Dies setzt allerdings in einem ersten Schritt voraus, dass Sie an Ihren getroffenen Leitlinienbeschlüssen zum Maßnahmenpaket 1 grundsätzlich festhalten. So wie sich die derzeitige Finanzplanung darstellt, werden wir für die Zeit nach dem Doppelhaushalt 2017/2018

weitere Maßnahmenpakete auf den Weg bringen müssen. Aber ich versichere Ihnen, dass wir jederzeit die aktuelle Finanzentwicklung bei der Haushaltsstabilisierung berücksichtigen und gegebenenfalls nachsteuern werden.

Nur mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt kann ein Grundstock an Liquidität generiert werden. Dieser stellt die Basis der Finanzierung unserer geplanten Investitionen dar. Auch zukünftig müssen wir kontinuierlich und in ausreichendem Maße in die Infrastruktur unserer Stadt investieren. Wir wollen schließlich weiterhin den Wirtschaftsstandort Karlsruhe stärken, die Schulgebäude oder das Städtische Klinikum sanieren bzw. modernisieren, in den öffentlichen Aufenthalts- und Straßenraum oder in die Abwasserentsorgung investieren. Ein Verzicht auf diese Investitionen würde die Grundfunktionen unserer Stadt nachhaltig einschränken und sie so für Unternehmen und Menschen unattraktiv machen.

Mit dem Haushaltstabilisierungsprozess geht es um nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die finanziellen Rahmenbedingungen und damit die Handlungsfähigkeit für eine erfolgreiche Zukunft zu sichern. Wir wollen selbst die Zügel in der Hand behalten, unsere Zukunft aktiv gestalten und nicht von der Rechtsaufsichtsbehörde fremdbestimmt werden. Dies

können wir nur mit einem dauerhaft genehmigungsfähigen Haushalt sicherstellen!

Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, mit der Umsetzung des Maßnahmenpakets 1 die Grundlage für einen ausgeglichenen Haushalt 17/18 zu legen.

Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz wird in ihrer anschließenden Rede ausführlich auf den Prozess eingehen, daher möchte ich es an dieser Stelle damit bewenden lassen.

Im Gesamtfinanzhaushalt werden wir abermals einen Höchststand an Investitionen ausweisen: Mit rund 194 bzw. rund 191 Mio. Euro investieren wir weiterhin auf hohem Niveau in unsere Karlsruher Infrastruktur. Von den rund 385 Mio. Euro ist aus unserer Sicht jeder Euro gut investiert. Alleine die Fortsetzungsmaßnahmen aus vorangegangenen Haushaltsjahren betragen rund 115 Mio. Euro. So wird der I. Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule abgeschlossen und weiterhin in unsere neue Hauptfeuerwache investiert. Größere Maßnahmen im Doppelhaushalt sind neben dem vorgesehenen Grunderwerb vor allem die Bezuschussung unseres Städtischen Klinikums, der Einstieg in die Sanierung unserer Stadthalle sowie verschiedene Tiefbau- und Stadtentwässerungsmaßnahmen. Ein Schwerpunkt liegt auch

im DHH 17/18 wiederum in unserem Schulbaubestand, der saniert, erneuert und teilweise erweitert wird. Allein rund 30 Mio. Euro wird der II. Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule kosten, die vordringliche Erweiterung der Draisschule rund 20 Mio. Euro in den nächsten Jahren. Auch viele kleinere Projekte werden verwirklicht. Uns war es wichtig, alle Maßnahmen vordringlich in den nächsten Doppelhaushalt aufzunehmen, die im letzten Doppelhaushalt 2015/2016 nicht berücksichtigt werden konnten (die sogenannte 'Tränenliste') mit einem Volumen von rund 11 Mio. Euro in den nächsten Jahren. Sie sehen, wir investieren in unsere Lebensqualität, in unsere Zukunft.

Die nun im Doppelhaushalt 2017/2018 geplanten Gesamtinvestitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie die Tilgungsleistungen (36 Mio. Euro) können nur zu einem Teil durch Eigenmittel finanziert werden. In beiden Haushaltsjahren rechnen wir im Finanzhaushalt mit einem Volumen von rund 50 Mio. Euro, allein davon entfallen auf die geplanten Grundstückserlöse in beiden Jahren rund 22 Mio. Euro.

Der Ertragshaushalt kann in beiden Jahren einen Zahlungsmittelüberschuss von rund 122 Mio. Euro erwirtschaften, so dass noch ein erheblicher Rest aus der Aufnahme von Darlehen eingeplant werden muss: rund 237

Mio. Euro. Uns ist die Höhe der Summe sehr bewusst, wir meinen jedoch, dass wir sinnvoll in die Zukunftsfähigkeit unsere Stadt investieren. Und wir werden wieder alles daran setzen, wie die vergangenen Jahre ja auch erfolgreich gelungen, diese Kreditaufnahme nicht auszuschöpfen, im Idealfall ganz darauf zu verzichten. Da wir aber insgesamt die Haushaltsansätze schon eher positiv minimieren, wird dies von Jahr zu Jahr weniger erfolgreich sein können.

Lassen Sie mich drei größere Projekte herausgreifen:

- Badisches Staatstheater

Seit der Entscheidung des Wettbewerbs für die Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters ist ein gutes Jahr vergangen. Die Zeit wurde genutzt, um die Planungen zu überarbeiten und Fachplaner auszuwählen. Inzwischen ist das Planungsteam komplett, erste Ideen für die technischen Fachplanungen sind im Entstehen. Voraussichtlich im 1. Quartal 2017 wird die Vorplanung mit einer belastbaren Kostenschätzung vorliegen, die die Verwaltung dann im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses in den Gemeinderat einbringen wird. Für Planungshonorare sind im Doppelhaushalt 2017/18 rund 2 Mio. Euro vorgesehen. Parallel dazu müssen im Langzeitbauprogramm Sofortmaßnahmen, insbesondere für Brandschutz, in den jährlichen Theaterferien umgesetzt werden.

Dabei handelt es sich auch um Maßnahmen, die zum Funktionserhalt des Theaters unabweisbar sind.

Selbstverständlich werden dabei dauerhafte Lösungen gesucht, die im Gesamtkontext Vorgriffe auf die spätere Sanierung und Erweiterung darstellen. Für das Langzeitbauprogramm sind im Haushalt jährlich 1,5 Mio. Euro enthalten.

#### - Städtisches Klinikum

Der Gemeinderat hat sich in seiner Juni-Sitzung zuletzt mit den Neubaumaßnahmen am Städtischen Klinikum Karlsruhe beschäftigt, die zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses Hauses dringend erforderlich sind. Mit dem Bau des neuen Institutsgebäudes und der Energiezentrale wurde bereits begonnen. Herzstück der Neubaumaßnahmen ist der Betten- und Funktionsbau Haus M für den nun die Entwurfsplanung abgeschlossen wurde. Der Gemeinderat unterstützt dieses für die medizinische Versorgung der Bevölkerung durch ein Krankenhaus der Maximalversorgung maßgebliche Projekt nicht nur ideell sondern auch durch einen über mehrere Jahre verteilten Trägerzuschuss in Höhe von 90 Mio. Euro.

#### - Fußballstadion im Wildpark

Mit seinen Beschlüssen in der letzten Woche hat der Gemeinderat die Tür weit aufgestoßen, ein neues Fußballstadion im Wildpark zu errichten und damit den

Profifußball und einen der wichtigsten Imagefaktoren dieser Stadt in eine wirtschaftlich und politisch tragfähige Zukunft zu führen. Jetzt ist es am Verein als Pächter und wichtigstem Nutzer, ebenfalls Vertrauen aufzubringen und mit uns zu springen. Wir bauen dabei aber nicht nur ein neues Stadion, sondern wir arrondieren und modernisieren wichtige Bereiche im beliebten nördlichen Bereich der Innenstadt. Die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen verändern die Sportlandschaft, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenraum, die Nutzbarkeit des Schlossgartens, die Verkehrsführung und vieles mehr über das eigentliche Stadion hinaus und schützen den angrenzenden Wald, über dessen Qualität und Reichtum wir jetzt viel mehr wissen als zuvor. Wichtig ist mir an der Stelle zu betonen, dass die Investitionssumme für das Stadion selbst den Investitionsspielraum der Stadt nicht unmittelbar einschränkt, das heißt, diese Mittel stehen nicht in Konkurrenz zu Investitionen etwa in Schulbau oder andere Infrastruktur.

### **3. Schwerpunkte der Stadtpolitik**

#### **3.1 Die 'moderne' Verwaltung**

Wenn alles um uns herum im Fluss ist; wenn wir von Industrie 4.0 reden; wenn es heute schon selbstverständlich ist, dass Autos selbständig einparken und die Kaffeemaschine online ist, dann muss sich auch die Verwaltung ein – neudeutsch – „update“ gönnen. Und das wollen wir tun. Dabei geht es primär allerdings weder um selbständiges Einparken noch um autonome Kaffemaschinen, sondern um die Chancen, die sich durch die neuen digitalen Techniken in der Verbesserung der Abläufe in der Verwaltung und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ergeben. Das ist alles andere als trivial, stellt es doch durchaus identitätsstiftende Kulturelemente öffentlicher Verwaltung auf den Prüfstand. Wie transparent sind Informationen zukünftig innerhalb der Verwaltung oder gar nach außen zugänglich? Können mehrere Referate oder Ämter gleichzeitig auf einer Workflow-Ebene an einer Vorlage arbeiten, am besten noch in direkter Kommunikation über das Netz? Führt nicht Transparenz in allen Ebenen auch zu Zugriffsmöglichkeiten von außen auf einzelne Personen in der Verwaltung und das womöglich 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Wie laufen Teamabsprachen bei hoch individuellen Arbeitszeitmodellen und flexibelsten Arbeitsorten? Dieses miteinander zu diskutieren, in gemeinsamer Verantwortung zu entwickeln und die Verwaltung für die Zukunft

aufzustellen, wird ein Schwerpunkt der internen Prozesse in den nächsten Jahren sein. Dabei geht es neben diesen Transparenz- und Abgrenzungsfragen nach innen und nach außen auch um unterschiedliche Generationen und ihre ganz eigenen Befürchtungen wie auch Erwartungen. Würde sich die Stadtverwaltung etwa dieser Entwicklung entziehen wollen, wäre sie für die nachfolgenden Generationen keine attraktive Arbeitgeberin mehr. Wir wir uns überhaupt mächtig ins Zeug legen müssen, angesichts der demokratischen Entwicklung und den gerade in unserer Region so attraktiven Arbeitsmöglichkeiten in Wirtschaft und Wissenschaft gut qualifizierte neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, die wir, trotz aller Sparbemühungen, in den nächsten Jahren dringend und in großer Zahl brauchen.

Neben den internen Prozessen steht derzeit auch unsere Hardware auf dem Prüfstand. Auch hier geht es um Stabilisierung und Modernisierung, um Fragen auch des Datenschutzes und der Abwehr von Kriminalität durch das Netz. "Open Data" und E-Government sind weitere wichtige Schlagworte, können aber die Akzeptanz, die Partizipation und damit die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und ihrer Verwaltung stark erhöhen. Diesem sollte sich auch unsere städtische Homepage anpassen, zunächst sind

aber Grundfragen an das gesamte System und die dafür Verantwortlichen zu stellen und zu beantworten.

### **3.2 Die Zukunft der Innenstadt**

Nicht nur die Baustellen zur Kombilösung, die sich in den nächsten Jahren immer mehr unter die Erde verlagern werden, zeigen es täglich: Unsere Innenstadt verändert sich, ist ein dynamischer Ort, ist da, wo sich großstädtisches Leben mit allen seinen Facetten wie in einem Brennglas fokussiert, abbildet, voranschreitet. Dass wir diese Innenstadt beständig weiterentwickeln wollen, dass wir sie weiterentwickeln müssen – ich denke, darin sind wir uns alle einig. Dazu kommt auch internationale Dynamik von außen: "Der Handel wird sich in den nächsten fünf Jahren so verändern, wie er sich in den letzten 40 Jahren nicht verändert hat", sagte zum Beispiel schon vor zwei Jahren der damalige Kaufhof-Chef Lovro Mandac.

„Verbraucher wollen sich heute durch eine anregende Umgebung überraschen und zum Konsum verführen lassen, statt stur ihren Grundbedarf zu decken“, meint der Zukunftsforscher Andreas Reiter. Das „Herz der Innenstädte“, bräuchte laut Reiter – Zitat: „vitale Adern, Platz für Kommunikation, Spiel und Trendsport, zweck- und konsumfreie Räume“. (Zitate „Die Welt“)

Brauchen wir also einen „großen Wurf“? Etwa so, wie damals, als Oberbürgermeister Otto Dullenkopf ab 1972, die Kaiserstraße zur Fußgängerzone umgekrempelt hat. Das war – damals - epochal. Heute sind die Erwartungen komplexer. „Moderne Konsumenten sind die Trüffelschweine der Exzellenz“ – hat Umberto Ecco einmal gesagt. Anspruchsvoll, neugierig – und immer auf der Suche nach dem Überraschenden, dem Neuen, dem Außergewöhnlichen. Wir brauchen neben dem, was alle haben, auch Alleinstellungsmerkmale. Vielleicht nicht mehr der eine große Wurf, aber neben den einzelnen Facetten ein Blick auf das Ganze, die Suche nach einer Klammer, die gerade die Karlsruher Innenstadt besonders macht, attraktiv für Menschen von innen und außen, unverwechselbar, stimmig.

Unser Ziel ist es daher, dass sich unsere Innenstadt als unverwechselbarer, internationaler, attraktiver Ort präsentiert - für Leben und Erlebnis, für Einkaufen und Begegnung. Als eine Innenstadt für alle.

Wie das gehen kann, das haben wir im vergangenen Jahr erlebt: 300 Jahre Karlsruhe. Die Menschen haben ihre Stadt, ihre Innenstadt wiederentdeckt. Bestes Beispiel ist der Schloss-Vorplatz. Gehen Sie heute einmal dorthin, bei halbwegs gutem Wetter. Die Bürgerinnen und Bürger haben „ihren“ Schloss-

Vorplatz entdeckt und sie lieben ihn. An diese Erfahrungen knüpfen wir an. Diese Aufbruchstimmung wollen wir nutzen. Die Entwicklung dieses „besonderen Stadtteils“ Innenstadt ist daher auch eine anspruchsvolle Managementaufgabe. Der Stadtverwaltung kommt hier eine zentrale Verantwortung zu. Sie setzt mit Stadtentwicklung und Stadtplanung, mit ihrer Wirtschaftsförderungspolitik, mit dem Citymanagement und nicht zuletzt auch mit einem attraktiven Veranstaltungsportfolio wichtige – und hoffentlich richtige - Akzente.

Der Stadtverwaltung kommt eine weitere zentrale Rolle zu: Es braucht einen Moderator, der Kommunikation unter den unterschiedlichen Akteuren immer wieder anstößt, gemeinsam Ziele entwickelt und deren Umsetzung absichert.

Die Stadt Karlsruhe beschreitet seit Beginn der 2000er Jahre einen konsequenten Weg mit klaren, immer wieder mit der Bürgerschaft und dem Gemeinderat gemeinsam entwickelten Strategien zur Entwicklung der Innenstadt.

Meilensteine waren:

- Der Bürgerbeteiligungsprozess City
- Die Gründung der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Zukunft Innenstadt“, mit einem Begleitgremium mit Vertretern des Einzelhandels, der IHK und der CityInitiative

- Die Einführung des Citymanagements mit einem hauptamtlichen Citymanager (2005)
- Außerdem war 2005 das Jahr, in dem die Süderweiterung durch die ECE-Ansiedlung entscheidend vorangebracht werden konnte. Im Westen eröffnete die Postgalerie
- Im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts ISEK wurden Strategien für die City 2020 entworfen

Jüngere Maßnahmen zur Neugestaltung der Innenstadt bezogen sich dann auf die Fächerstraßen, die Plätze (vor allem Kirchplatz St. Stephan und Friedrichsplatz) sowie auf verbesserte Verbindungswege.

Die bisherigen Meilensteine zeigen, dass wir beim Thema „Zukunft Innenstadt“ das Rad nicht neu erfinden müssen – wir wollen eine strategische Stadtentwicklung fortsetzen. Mit neuen Akzenten. Konkret bedeutet das:

- Attraktive Akzente in der Stadtgestaltung:

Die Ein- und Übergänge zur Innenstadt sollen gestalterisch aufgewertet werden. Zwischen Mühlburger und Durlacher Tor wollen wir, vor allem im Zuge der Neugestaltung der Kaiserstraße, die Flanier- und Aufenthaltsqualität steigern.

Der Trend geht verstärkt zum Wohnen in der Innenstadt. Immobilieneigentümer und Anwohnende wollen wir bei der Entwicklung neuer Wohnumfeldqualitäten unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist sicherlich derzeit vor allem die Ausweisung des Sanierungsgebietes Innenstadt Ost zu nennen. Die östliche City bleibt im Moment hinter ihren Potenzialen zurück. Dadurch eröffnen sich aber auch Chancen, hier ein zukunftsweisendes Profil herauszuarbeiten. Dazu wird es aber einer intensiven und kreativen Zusammenarbeit mit den Immobilieneigentümern bedürfen.

Ein weiterer Fokus wird darauf liegen, das Schloss, den Schlossplatz und den Schlossgarten als Teil der Innenstadt wahrnehmbarer zu machen. Mit Vermögen und Bau und dem Badischen Landesmuseum haben wir dabei verlässliche und konstruktive Partner an unserer Seite. Das hat die gute Zusammenarbeit beim Stadtjubiläum bewiesen.

- Akzente für den Handel im Wandel:

Der Handel ist und bleibt das Rückgrat einer Innenstadt. Aber deutschlandweit stagnieren die Umsätze des stationären Einzelhandels seit Jahren. Einzig der Internet-Handel konnte zulegen. Weltweit werden beim Online-Shopping pro Minute 2,4 Millionen Dollar (ca. 2,1 Mio. Euro) ausgegeben (Computerbild,

13.01.2015) – vor allem für Elektronik und Kleidung. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung, der sich die europäischen Großstädte mit ihrer gewachsenen Struktur und insbesondere ihre Innenstädte mit der starken Funktion als Markt- und Handelsplatz stellen müssen.

Aber es gibt auch eine ganz andere Entwicklung: Immer mehr Online-Händler entdecken die Innenstadt für sich.

„Schauräume“ heißt das Zauberwort: Geschäfte mit kleinerer Ladenfläche, in denen die Anbieter eine Auswahl ihres Sortiments zeigen. Wo die Kunden anschauen, anfassen können – und dann vor Ort im Internet bestellen. Ikea macht das schon, Amazon überlegt.

Der stationäre Einzelhandel – vielleicht mit neuen Konzepten, in anderem Gewand - wird ein prägendes Element unserer Innenstadt bleiben: Einkaufen ist in unserem Umfragen nach wie vor der am häufigsten genannte Grund für einen Besuch in der Karlsruher City. Die Kundinnen und Kunden der Einzelhandelsgeschäfte sind es, die die Innenstadt (bei Tag) so lebendig machen. Daher müssen wir unseren Handel auch weiterhin bei der Gewinnung und Bindung dieser Kundinnen und Kunden unterstützen. Das Citymanagement wird hierzu fortgesetzt.

Neue Akzente sollen gesetzt werden mit einer Initiierung zur Neustrukturierung von Flächen und Angeboten, der Unterstützung bei der Entwicklung neuer Formate sowie bei der Ausweitung des Einzugsgebietes. Die Veränderung der Laufwege in der City verändert auch die Qualität der Einzelhandelslagen. Das mag manchem Immobilienbesitzer Unmut bescheren, aber es eröffnet auch neue Chancen für Gründer, für studentische Aktivitäten etc. in der City.

- Angebotsvielfalt sichtbarer machen und weiterentwickeln:  
Aber die Karlsruher City ist nicht nur ein Ort für Shopping und Freizeit, sondern auch für Bildung und Forschung mit Uni-Campus, Badische Landesbibliothek, Naturkundemuseum, Landesmuseum.

Die Angebote in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Kongress, aber auch Erholung und Genuss noch intelligenter zu verknüpfen, ist eine Zukunftsaufgabe. Hierzu müssen in Karlsruhe noch die geeigneten Ansätze entwickelt werden, und dieses Feld verdient mehr Aufmerksamkeit. Bei der Entwicklung der Konzepte dazu setzen wir auf die Mitwirkung von Studierenden, kreativen Gründern etc. Auch hier rückt insbesondere die östliche Innenstadt als Übergang zum KIT-Campus in den Fokus.

- Kombilösung:

Ein ganz wichtiger Beitrag zur Aufwertung unserer Innenstadt ist die Kombilösung. 2010 begannen die Arbeiten an der Kombi-Lösung, begleitet vom Aufbau eines Kooperationsmarketing und von den Planungen für eine Kaiserstraße nach Abschluss der Bauarbeiten. Die Baumaßnahme zur Kombilösung bindet unsere Kräfte sehr stark. Aber es ist trotzdem dringend geboten, jetzt verstärkt den Blick nach vorne zu richten. Daher hat das Citymanagement gemeinsam mit der KASIG den Auftrag, das bisherige Kooperationsmarketing neu auszurichten und zu einem Countdown für die verbleibende Bauzeit umzugestalten.

### **3.3 Sauberkeit und Sicherheit**

Wenn das Thema „Innenstadt“ ein Erfolg werden soll, spielt ein Bereich natürlich eine zentrale Rolle: Sauberkeit und Sicherheit.

Dabei ist die Sauberkeit der Stadt nicht nur Sache der Stadtverwaltung, sondern auch ihrer Bürgerinnen und Bürger. Laut Satzung über das Reinigen, Räumen und Bestreuen der Gehwege ist der jeweilige Anlieger verpflichtet, die Reinigung auf den öffentlichen Gehwegen zu übernehmen.

Auch im Hinblick auf die zunehmenden Verschmutzungen im Straßenbegleitgrün sowie an den Auffahrten zu Autobahnen

oder Schnellstraßen will die Stadt Karlsruhe die Bürgerinnen und Bürger zukünftig weiter sensibilisieren. Dabei liegt der Fokus vor allem darauf, dass keine Verpackungen aus dem Fahrzeug geworfen werden, sondern dass sie zu Hause oder über einen öffentlichen Abfallbehälter entsorgt werden. In Folge der Urbanisierung entstehen auch Brennpunkte. Der öffentliche Raum wird mehr und mehr zum „zweiten Wohnzimmer“. Folglich nehmen auch die Verschmutzungen und wilden Ablagerungen zu. Einen neuen Rekord hat das Amt für Abfallwirtschaft bei den zehnten Karlsruher Dreck-weg-Wochen in diesem Jahr zu vermelden. Mit 11.020 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Aktionen haben so viel Bürgerinnen und Bürger wie noch nie an der Sauberkeits-Kampagne mitgemacht. Und ich bedanke mich herzlich bei allen Helferinnen und Helfern, die unsere Dreck-weg-Wochen in diesem Jahr unterstützt haben. Ziel der Dreck-weg-Wochen ist es, die Bürgerinnen und Bürger für das Thema Sauberkeit zu sensibilisieren. Dabei steht vor allem die Botschaft im Vordergrund, Abfälle nicht mehr achtlos wegzuwerfen. Durch die Vorbildfunktion der putzenden Gruppen und Einzelpersonen soll außerdem gezeigt werden, dass ein sauberes Karlsruhe nur gemeinsam erzielt werden kann. Somit steht auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Mittelpunkt des gemeinsamen Frühjahrsputzes.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist unstrittig eine der wichtigsten Aufgaben einer Kommune. Nicht nur für Bewohnerinnen und Bewohner, auch Gewerbetreibende und Besucherinnen und Besucher machen die Attraktivität einer Stadt nicht zuletzt daran fest. Auch bei uns hier in Karlsruhe besitzt das Thema „Sicherheit“ innerhalb der Bevölkerung eine hohe Aktualität. Das haben zuletzt auch die Besucherzahlen der beiden Bürgerforen vom Dezember 2015 und im Februar dieses Jahres gezeigt. Die Ergebnisse der Umfrage zum Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung, die im 3. Sachstandsbericht zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung veröffentlicht worden sind, belegen eine deutlich erkennbare Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsempfindens bei unserer Bevölkerung. Und diese Ergebnisse stehen in keinem Zusammenhang mit dem Thema der Flüchtlingszuwanderung, da die Umfrage zu einem Zeitpunkt erfolgte, als an die hohe Zahl der bei uns ankommenden Menschen noch lange nicht zu denken war. Nach den Erfahrungen und Gesprächen aus dem vergangenen Jahr muss ich leider davon ausgehen, dass sich bei einer erneuten Umfrage eine weitere Verschlechterung beim subjektiven Sicherheitsempfinden zeigen würde. Festmachen kann man das zum Beispiel auch an solchen Zahlen, wie sie mir das Ordnungsamt mitgeteilt hat. Dort werden seit Herbst des vergangenen Jahres vermehrt Anträge auf Ausstellung eines Kleines Waffenscheines gestellt (bis zum 13. Mai 2016:

379, 2015: 145, 2014: 69). Diese Entwicklung ist sicherlich ebenfalls ein Indiz für das sinkende Sicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern. Nach den vorliegenden Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik 2015 hat sich auch objektiv in Karlsruhe die Sicherheitslage verschlechtert. Es gibt zwar gegenüber 2014 bei einzelnen Delikten deutliche Rückgänge, wie zum Beispiel bei Wohnungseinbrüchen (-29,1%). Betrachtet man aber die Gesamtheit der begangenen Straftaten, stiegen die Fallzahlen um 8 %. Diese Entwicklung ist zwar in allen Großstädten zu beobachten und bundesweit und im Vergleich mit den baden-württembergischen Städten ähnlicher Größe stehen wir noch relativ gut da. Trotzdem können wir nach meiner Auffassung dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Ich bin der Meinung, dass wir uns in Zukunft verstärkt den sicherheitsrelevanten Herausforderungen stellen müssen, auch wenn wir uns in einer schwierigen Haushaltslage befinden und Sicherheit oder Risikovorsorge nicht zum Nulltarif zu haben sein werden. Ein wichtiger Baustein für ein sicheres Karlsruhe ist aus meiner Sicht der Kommunale Ordnungsdienst. Die positiven Rückmeldungen, die im Rahmen der Sicherheitsumfrage zum Kommunalen Ordnungsdienst aus der Bevölkerung widergespiegelt wurden, bestätigen, dass die Entscheidung für seine Gründung 2010 die richtige war. Gerade bei den Ordnungsstörungen, die einen großen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden bei der Bevölkerung haben,

will der Kommunale Ordnungsdienst durch seine Tätigkeit positive Effekte erzielen. Vor allem durch schwerpunktmäßige Einsätze in den Fußgängerzonen der Innenstadt und an den „Hot Spots“ des Nachtlebens, aber auch flexibel auf aktuelle Geschehnisse oder Anforderungen reagierend, will der Kommunale Ordnungsdienst auch zukünftig Präsenz zeigen, damit Ordnungsstörungen entgegen wirken und positiven Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nehmen. Bei allen kritischen Entwicklungen, die ich durchaus mit Sorge betrachte: Letztlich bin ich überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, auch in Zukunft unserer Bevölkerung ein sicheres Leben in einer attraktiven Stadt bieten zu können.

### **3.4 Mobilität**

Auch Mobilität hat viel damit zu tun, wie attraktiv eine Stadt ist. Mobilität ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Ein Grundbedürfnis. Ein Standortfaktor.

Es geht um die Frage: Wie wollen, wie können wir unsere Stadt – und damit zwingend auch unsere Region – mobil halten - angesichts von Klimawandel, zunehmender Verstädterung, und – auch in Karlsruhe zu Rush-Hour-Zeiten zu erlebendem - Verkehrsaufkommen? Es geht dabei um ein vernünftiges Miteinander aller Verkehrsarten: Fußgänger, Radfahrer, Auto,

öffentlicher Nahverkehr. Es geht nicht mehr um „Auto versus Fahrrad“. Es geht um eine intelligente Vernetzung der Mobilitätsformen, auch durch IT-Plattformen.

Ziel ist es, Mobilitätsbedürfnisse und Lebensqualität in Einklang zu bringen. Darunter verstehen wir nachhaltige, zukunftsfähige, sichere und innovative Formen einer umweltverträglichen Mobilität. Es geht darum, das Mobilitätsverhalten zu verändern, so dass mehr Menschen und Waren mit dem Umweltverbund – also zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV – bewegt werden und dadurch weniger Autofahrten notwendig werden.

Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (2012) hat der Gemeinderat die Weichen gestellt; die über 120 Maßnahmen und Strategien sollen bis zum Zieljahr 2025 umgesetzt werden. Viele Maßnahmen und Strategien sind bereits angelaufen, und auch in den kommenden Jahren werden uns Mobilitätsprojekte beschäftigen. Zum Beispiel:

- Fahrradstadt Karlsruhe:

Das ist ein bereits sehr erfolgreiches Konzept, wofür Karlsruhe als Fahrradhauptstadt in Süddeutschland gekürt wurde. Der Radverkehr soll weiter gefördert werden mit der Fortführung des „20-Punkte-Programmes“.

- Fußverkehrs-Konzept:

Fußgänger sind nicht nur in Karlsruhe die bisher wohl benachteiligten Verkehrsteilnehmer. Mit der Ahndung illegalen Gehwegparkens erfolgt ein erster Schritt in Richtung „Gleichberechtigung“. Zufußgehen wird zukünftig eine wichtigere Rolle z. B. bezüglich der Aufenthalts- und somit Stadtqualität spielen.

- Weiterentwicklung ÖPNV:

Ein gleichfalls bereits erfolgreiches, weltweit bekanntes System und ein sehr wichtiges Rückgrat für umweltverträglichen Verkehr – für Karlsruhe und die Region. Eine große Herausforderung ist der flächendeckende barrierefreie Ausbau.

- Verkehrsmanagement-Zentrale:

Zu innovativer Mobilität gehört das Managen von Verkehrsdaten (z. B. für Störfallmanagement, leistungsfähige Ampelsteuerungen, intelligente Verkehrslenkung und qualifiziertes Baustellenmanagement). Ich denke hier an die Karlsruher Mobilitäts-App „KA-mobil“ wie auch an die Weiterentwicklung der Verkehrsmanagement-Internetseite der Stadt zum Mobilitätsportal der TechnologieRegionKarlsruhe.

- Einheitliche Dachmarke Mobilität:

Karlsruhe braucht bezüglich der Mobilitätsangebote eine verbesserte Außendarstellung. Karlsruhe ist in vielen Bereichen federführend, z. B. Radverkehr, CarSharig, ÖPNV. Bisher fehlt jedoch ein einheitliches, zusammenführendes Mobilitäts-Marketing.

- Entwicklung nachhaltig mobiler Stadtteile:

Wie kann stadtverträglicher Verkehr innerhalb von Quartieren gestaltet werden? Diese Frage und die Forderung nach nachhaltigen Mobilitätskonzepten wird sowohl beim Korridorhema Innenstadt als auch für Zukunft Nord, die Weiterentwicklung des Technologieparks sowie bei Stadtteilentwicklungskonzepten, Sanierungsgebieten und Bebauungsplänen zu beachten sein.

- Forschungs- und Förderprojekte:

Auch die derzeitigen Fördermittel-Töpfe spiegeln die Bedeutung von Mobilitätsthemen wider. Derzeit laufen mehrere Forschungs- und Förderprojekte, die von der Stadt unterstützt werden wie z. B. RegioMOVE, autonomes Fahren, die Profilregion Mobilitätssysteme oder 'Go Karlsruhe'.

### **3.5 Region / Internationalisierung**

Was wir für ein funktionierendes Mobilitätskonzept zwingend brauchen, ist ein enges Miteinander mit der Region. Und wir brauchen eine noch internationalere Ausrichtung unserer Stadt.

30 Jahre nach ihrer Gründung steht die TechnologieRegion Karlsruhe vor einem Neustart und einer grundlegenden Weiterentwicklung. Erstmals gelingt es Wirtschaft und

Wissenschaft in die interkommunale Zusammenarbeit einzubinden. Unternehmen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bekennen sich politisch, finanziell und personell zur Region. Sie tragen künftig gemeinsam Mitverantwortung für die Gestaltung und Entwicklung der Region. Damit wird der regionale Kooperationsverbund zum Innovationstreiber mit den thematischen Schwerpunkten Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilität und Energie. Weitere Themen sind das Standortmarketing und politische Lobbyarbeit in Stuttgart, Berlin und Brüssel. Für mich ist dabei von entscheidender Bedeutung: Mit der Weiterentwicklung führen wir die bewährten Elemente der Zusammenarbeit wie Freiwilligkeit der Zusammenarbeit und Erhalt aller kommunalen Kompetenzen mit den Vorteilen einer schlagkräftigen und gestärkten Regionalinstitutionen zusammen. Davon verspreche ich mir, unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen im In- und Ausland zu festigen und eine deutlich höhere Wahrnehmung bei den Entscheidungsträgern auf allen Ebenen zu erzielen.

Die Globalisierung aller Politikfelder, der demographische Wandel, die immer wieder aktuellen welt- und europapolitischen Ereignisse haben zunehmend konkrete Auswirkungen auf die kommunale Ebene: Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Digitalisierung, Fachkräftebedarf, um nur einige zu nennen. Für

eine innovative und zukunftsorientierte Kommunalpolitik heißt das, die Augen vor den internationalen Entwicklungen nicht verschließen zu können und zu wollen und sich auch durchaus lustvoll einer Art internationalen Wettbewerb als Stadt zu stellen. Die Grundlage unseres Handelns ist dabei die vom Gemeinderat verabschiedete Internationalisierungsstrategie. Konkret bedeutet das etwa, dass wir uns im Rahmen der Magistrale für Europa mit unseren internationalen Partnern für die Realisierung der Ost-West-Achse Budapest/Bratislava-Paris einsetzen. Im Rahmen der „Transeuropäischen Netze“ (TEN) führen wir Europa grenzüberschreitend näher zusammen und ermöglichen über das Verkehrsthema hinweg einen Austausch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Gesellschaft. Mit der Weiterentwicklung des Eurodistricts RegioPAMINA und der Verabschiedung des Aktionsplans Mobilität stehen wir erstmals vor dem Schritt hin zu einer konsequenten schrittweisen Verbesserung insbesondere des grenzüberschreitenden ÖPNV. Mit der Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – u.a. durch die Klimapartnerschaft mit Los Bancos/Ecuador – leistet Karlsruhe einen sichtbaren Beitrag zu den globalen Nachhaltigkeitszielen. Eine Herausforderung nach innen ist dabei eine Personalentwicklung mit der Förderung sprachlicher und interkultureller Kompetenzen. Das sind Schlüsselqualifikationen

für die grenzüberschreitende europäische und weltweite Netzwerk- und Projektarbeit.

### **3.6 Wirtschaft und Wissenschaft**

Mit 25 Forschungseinrichtungen, darunter neun Hochschulen, sowie zahlreichen kleinen, mittleren und großen Unternehmen ist Karlsruhe bestens aufgestellt. Wissenschaft und Forschung sind in den vergangenen Jahren zu wichtigen Imagetreibern für die Stadt geworden.

Eine Image-Studie, die im November 2014 durch das Institut für Demoskopie Allensbach gemacht wurde, bestätigt, dass sich der Anteil derer, die die Wissenschaftslandschaft mit Karlsruhe spontan assoziieren, seit 1999 fast verfünffacht hat (von 3 % auf 14 %).

Für das Thema „IT“ ist mit der Digitalen Agenda 300+ ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung des IKT-Standortes Karlsruhe erstellt worden. Karlsruhe ist eine IKT-Hochburg und liegt im europäischen Vergleich auf einem herausragenden 4. Platz – direkt hinter München, London und Paris. Dies ergab eine EU-Kommissionsstudie zu Europas Spitzenzentren im IKT-Bereich von 2014. Mit der Digitalen Agenda 300+ soll Karlsruhe auch in Zukunft international als IKT-Hochburg wahrgenommen werden.

Zusammen mit dem KIT arbeitet das Wissenschaftsbüro der Stadtmarketing Karlsruhe GmbH außerdem zurzeit an einem „House of Science and Innovation“. Darin sollen die bisherigen Aktivitäten der Wissenschaftsstadt Karlsruhe nachhaltig lokal, national und international positioniert werden und die Wissenschaft in Karlsruhe als strategischer Standortfaktor nach innen wie außen gestärkt werden.

Dieses Haus der Wissenschaft soll 2017 als transparentes Wissenschafts-Schau fenster für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. In zentraler Lage soll diese Einrichtung eine wichtige Katalysatorfunktion für die Weiterentwicklung dieses Teils der Innenstadt und damit für das Korridorthe ma „City-Entwicklung“ einnehmen.

Auch sonst ist es mir ein Anliegen, die Wissenschaft in Karlsruhe weiter auszubauen: So ist es im Sinne der Stadt, dass Erweiterungen in Bezug auf die Hochschullandschaft geschehen – um mit der Erweiterung des KIT am Adenauerring nur ein Beispiel zu nennen. Denn die Stadt profitiert von der Ausbildung der Studierenden, vom internationalen Ruf der Hochschulen und von wichtigen zukunftsorientierten Forschungsfeldern – denken Sie nur an die Forschung am KIT zum autonomen Fahren.

Wissenschaft und Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Wir brauchen auch eine gesunde und nachhaltig wachsende Wirtschaft, damit die Menschen passende Arbeitsplatzangebote finden. Das hängt unter anderem stark davon ab, ob den Unternehmen geeignete Flächen für eine Ansiedlung oder Erweiterung zur Verfügung gestellt werden können. Hierzu leistet das Entwicklungsquartier Hauptbahnhof Süd einen wichtigen Beitrag.

Das erste Etappenziel ist 2017/2018 eine Realisierung der auf dem östlichen Areal vorhandenen Bebauungsmöglichkeiten, um damit bereits in Karlsruhe ansässigen Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und neue Firmen anzusiedeln.

Für die Entwicklung der westlichen Fläche Hauptbahnhof-Süd sind die Verlagerung des Busbahnhofs in die Fautenbruchstraße sowie die Konzepterarbeitung für das ehemalige Künstlerareal (Federführung KFE) notwendig. Da die Stadt Karlsruhe nicht beabsichtigt, das Areal als Bauherr selbst zu entwickeln, ist der Verkauf von Flächen vorgesehen. Dies wird in Teilschritten geschehen. Über den östlichen Grundstücksteil finden derzeit intensive Verhandlungen statt.

### **3.7 Soziale Stadt**

Eine Stadt ist nur dann dauerhaft Heimat aller ihrer Bürgerinnen und Bürger und wird es für alle, die neu hinzukommen, wenn sie sich als sozialer Ort versteht und permanent weiter entwickelt, nicht nur als Ort einer individuell selbstbewussten und diversifizierten Stadtgesellschaft, sondern auch als Ort einer solidarischen und sozialen Stadtgemeinschaft. Ein konkretes sozialpolitisches Ziel ist dabei die Ermöglichung von Teilhabe aller, die aktuellen Prozesse und gleichzeitig Herausforderungen dazu sind Inklusion und Integration. Inklusion ist machbar - aber nicht überall und sofort und nicht nur als Herausforderung für Städtebau und Stadtgestaltung. Wo bisher die einzelnen Menschen Unterstützung erhielten, bezeichnet dieses Konzept ja die Öffnung der Institutionen selbst, so dass diese von allen Menschen in Anspruch genommen werden können.

Das ist ein Paradigmenwechsel für die Gesellschaft und auch für uns als Kommune. Ziel ist die Teilhabe aller Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, festgeschrieben als Menschenrecht in der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen, die 2009 von Deutschland ratifiziert wurde.

Die Stadtverwaltung setzt sich in ihren Schul- und Betreuungseinrichtungen mit dieser Herausforderung intensiv

auseinander. Sie begleitet und unterstützt den Prozess der Umsetzung der Inklusion auf kommunaler Ebene. Ein formuliertes Ziel lautet etwa: "Jede Schule ist inklusiv". Konkret setzt sich die Stadt in enger Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt für die gemeinsame Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Handicap ein.

Das Weißbuch Schulen stellt die strategische Umsetzung dieses Zieles dar. Das Weißbuch beinhaltet die Bestandsaufnahme aller Schulgebäude und formuliert die Perspektive „Wie sehen Karlsruher Schulgebäude in zehn Jahren aus?“. Darüber hinaus wird in diesem die Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen mit Blick auf den sonderpädagogischen Förderbedarf mit Bezug zur Stadtteilentwicklung dargelegt. Wir werden Beratungsangebote für Eltern weiterentwickeln, und wir wollen Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht betreuen.

Eines wird allerdings klar: Auch wenn wir das Ziel „Jede Schule ist inklusiv“ im Blick haben - der Prozess der Umsetzung dauert lange und ist auch nicht für alle Kinder möglich. Die Eltern haben laut Schulgesetz Baden-Württemberg vom 1. August 2015 das Wunsch- und Wahlrecht. Viele Eltern entscheiden sich nach wie vor für den Lernort SBBZ (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum).

Zurzeit gibt es in Karlsruhe 991 Schülerinnen und Schüler, die einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben (unabhängig vom Lernort allgemeine Schule oder SBBZ). 136 Kinder und Jugendliche werden inklusiv beschult, das ist eine Quote von 13,7 Prozent.

Zunehmende Zuwanderung und die damit einhergehende Notwendigkeit der Integration stellt Kommunen vor steigende finanzielle und konzeptionelle Herausforderungen, um die neuen sozialen Bedarfslagen und die damit erforderliche Infrastruktur abzusichern. Auf der anderen Seite steckt in der Zuwanderung enormes Potenzial. So rechnet der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Ingo Kramer, damit, dass in den kommenden 20 Jahren 500.000 Stellen unbesetzt bleiben könnten (Zeit online, 04.09.15). Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, geht davon aus, dass Deutschland ohne Zuwanderung – Zitat – „bis 2025 mehr als 6,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter“ (Zeit online, 04.09.15) verlieren wird.

Qualifizierte Zuwanderung liegt also in unserem ureigenen Interesse. Und da ist es gut, dass Karlsruhe sich diesem Thema

bereits seit Jahren strategisch stellt und dass wir daher auf bestehenden Strukturen aufbauen können.

Seit 2012 haben wir den vom Gemeinderat einstimmig verabschiedeten Integrationsplan, der unter Beteiligung des Arbeitskreises Migrationsbeirat fortgeschrieben wird. Mit einem Budget von 145.000 Euro unterstützt die Stadt Aktivitäten zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten mit Steuerung durch Verwaltung und Migrationsbeirat.

Neben diesem Steuerungsinstrument wird Integration auch aus dem Haushalt gefördert, aktuell in einer Höhe von rd. 843.000 Euro. Einige der Projekte laufen bereits seit vielen Jahren, wie z.B. die Hausaufgabenbetreuung seit 1990. Das Büro für Integration prüft gegenwärtig die bereits länger laufenden Projekte, um die Förderung an den aktuellen Bedarf anzupassen und mögliche Doppelstrukturen zu identifizieren.

Hinzu kommen 1,5 Millionen, die 2012 für drei Jahre für die Sprachbildung an Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt wurden. 20 Einrichtungen wurden gefördert. Ab 2015 wurden für zwei Jahre knapp 1 Million Euro für maximal 34 Einrichtungen eingestellt, bis ein gesamtstädtisches Sprachbildungskonzept erarbeitet wird. Integrationsförderung spielt sich in Karlsruhe also v.a. im Bereich Bildung ab. Der weit

größte Teil der geförderten Maßnahmen sind Bildungsmaßnahmen.

Neben den klassischen Aufgaben der Integration unterstützt die Stadt ebenfalls seit vielen Jahren Initiativen und Organisationen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Aktuell werden aus dem Haushalt Zuschüsse in Höhe von rd. 200.000 Euro ausgezahlt.

Mit dem 2015 zunächst auf zwei Jahre eingerichteten Flüchtlingsfonds geht das klare Bekenntnis der Stadt einher, dass die Erstintegration der vielen Flüchtlinge, die in der LEA und deren dezentralen Einrichtungen untergebracht werden, auch in Karlsruhe stattfindet und nicht erst in den aufnehmenden Kommunen.

Den Flüchtlingsorganisationen bzw. entsprechenden Vereinen und ehrenamtlichen Gruppen wurde damit die Möglichkeit eingeräumt, Zuschüsse für ihre Aktivitäten nach Bedarf und mit Steuerung durch Verwaltung und Migrationsbeirat abzurufen. Dieser Bedarf ist auch weiterhin gegeben.

### **3.8 Wohnungsbau**

Eng mit dem Thema Heimat in der Großstadt hängt natürlich der Wohnungsbau zusammen. Deswegen steht das Thema Wohnen für viele Städte ganz oben auf der Agenda. Auch Karlsruhe gehört zu den Städten, die Wachstum und flächensparende Siedlungsentwicklung in Einklang bringen müssen. „In Deutschland müssten jedes Jahr 400.000 Wohnungen entstehen, um den Mangel an Wohnraum auf mittlere Frist zu beseitigen“, schreibt die „Zeit“ in ihrer Ausgabe am 09. Juni (2016). Bundesbauministerin Barbara Hendricks will bis 2020 die Mittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2020 verdoppeln (+ 5 Mrd.). Jährlich, so Hendricks, müssten 350.000 Wohnungen neu gebaut werden.

Im „Räumlichen Leitbild“ stellt das Wohnen daher ein sehr wichtiges Thema dar, das durch die Stoßrichtung „Mehr Wohnen“ und konkretisierende Vorhaben behandelt wird. Das Räumliche Leitbild erlaubt, auf einer strategischen Ebene Flächen für die Entwicklung neuer Wohnquartiere zu identifizieren. Daneben spielt aber auch – insbesondere vor der Maxime der Innenentwicklung – die Qualifizierung bestehender Quartiere, z. B. im Sinne einer Nachverdichtung, eine wichtige Rolle. Stadtweit wurden so bereits die wesentlichen Potenzialflächen an den Siedlungsrändern Karlsruhes erhoben und auf ihre Entwicklung als Wohnbaufläche hin geprüft.

Die VOLKSWOHNUNG als das kommunale Wohnungsunternehmen der Stadt Karlsruhe hat den Auftrag, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen. Dazu gehört auch – aber nicht ausschließlich – die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Bereits 2009 hat die VOLKSWOHNUNG begonnen, in der Fächerstadt dringend benötigte Mietwohnungen zu planen und zu errichten. Im Rahmen eines Neubauprogramms entstehen in den nächsten Jahren rund 1.500 neue Mietwohnungen. Davon unterliegen mehr als 60% der Mietpreisbindung. Für sie wurden Fördermittel nach dem Landeswohnraumförderprogramm und mit Fördermitteln der Stadt Karlsruhe beantragt. Die restlichen Einheiten werden frei finanziert, um eine lebendige Durchmischung der Mieterstruktur bzw. der Quartiere zu erreichen.

Insgesamt sind für den Planungszeitraum der nächsten fünf Jahre rund 310 Mio. € an Investitionen vorgesehen, davon 215 Mio. € für Mietwohnungsneubau, 67 Mio. € für Modernisierungen, 6 Mio. € für Erschließungsmaßnahmen und 26 Mio. € für Grundstücksankäufe.

Stichwort Wohnungseigentumsbildung: Unter dem Projektnamen „loswohnen“ entsteht gegenwärtig auf den letzten

beiden zusammenhängenden Baufeldern in Knielingen 2.0., für die eine Wohnbebauung vorgesehen ist, ein attraktives, autofreies Quartier mit 144 Wohneinheiten zum Kauf. Die Fertigstellung erfolgt etappenweise ab dem 4. Quartal 2017. Bauträger ist die Konversionsgesellschaft Karlsruhe mbH (KGK), ein Unternehmen im Konzern VOLKSWOHNUNG.

### **3.9 Die Grüne Stadt**

Ein Thema, das wir gemeinsam bereits erfolgreich auf den Weg gebracht haben, ist auch die „Grüne Stadt“. Sie wissen: Es war eines meiner zentralen Anliegen schon vor meinem Amtsantritt.

Die Stadt Karlsruhe hat die Vision einer „Grüne Stadt“. Sie soll wichtige Fragen beantworten, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen: Wie möchten wir künftig in Karlsruhe leben und arbeiten? Wie nachhaltig soll diese Stadt sein? Wie gesund soll sie sein? Wie gehen wir mit unserer Natur, mit unseren Freiflächen um?

Die „Grüne Stadt“ bündelt als Querschnittsthema die Grundthemen Stadträume, Klima, Gesundheit und Natur. Zunächst wurden in einer ersten Phase die bereits vorhandenen Konzepte und Planwerke gesichtet und bewertet. Dabei zeigte sich, dass Karlsruhe bereits viele gute

Entwicklungen in diesen Bereichen aufweisen kann. Es wurden aber auch Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Was ist also die „Grüne Stadt“?

- Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist die Stadt Karlsruhe klimaneutral, robust, flexibel und regenerationsfähig in Bezug auf die anstehenden und bereits stattfindenden Herausforderungen und Krisen.

- Die „Grüne Stadt“ fördert einen umweltgerechten und nachhaltigen Umgang mit Freiflächen: Begrenzte Flächen erfordern einen sparsamen Umgang mit den Flächenressourcen im Stadtgebiet. Eine nachhaltige Stadtentwicklung bietet zukünftigen Generationen eigene Entwicklungsmöglichkeiten. Weitere Stichworte sind Konzentration auf die Innenentwicklung, Multifunktionalität und Qualität von Räumen, Flächenrecycling.

- Die „Grüne Stadt“ schützt und erhält die Natur und ihre biologische Vielfalt.

- Der Klimawandel verändert die Lebensbedingungen gerade in den Städten am Oberrheingraben. Daher sind Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien unverzichtbar, ebenso wie Anpassungen an Hitzeperioden und andere lokale Auswirkungen des Klimawandels.

- Die „Grüne Stadt“ fördert Umweltgerechtigkeit, die eine gute Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen und für zukünftige Generationen ermöglicht.
- Sie bietet gesunde Lebensverhältnisse und Lebensweisen für alle sozialen Schichten, auch in den einzelnen Stadtquartieren.
- Die „Grüne Stadt“ bietet eine direkte Beteiligungskultur in den Stadtquartieren, mit der die Bürgerinnen und Bürger ihr Stadtquartier und ihre Umgebung grün und gesund gestalten und so mehr Identifikation für ihr Umfeld entwickeln.

Ein gesundes Umfeld, Grünflächen, Ruhezeiten und Möglichkeiten zur Bewegung sollen jedem Bürger und jeder Bürgerin in der Stadt zur Verfügung stehen. Für dieses Ziel wollen wir Partnerinnen und Partner in der Bevölkerung gewinnen. Gemeinsam soll ein Verständnis dafür entwickelt werden, was nachhaltig, gesund und „grün“ bedeuten kann - und zwar ganz konkret in den Stadtquartieren und im Lebensumfeld. Nur wenn sich die Menschen mit ihrer Umgebung identifizieren, sich mit ihr verbunden fühlen, sind sie auch bereit, diese zu schützen und zu pflegen. Wie schaffen wir es, dass sich viele Karlsruherinnen und Karlsruher diesem Anliegen anschließen? Wie sehen sie selbst die Quartiere der Zukunft? Wie können die Menschen aktiviert werden, sich selbst in ihrem Umfeld und in ihrem Quartier zuständig zu

fühlen, gesunde Lebensverhältnisse für alle zu schaffen, über alle sozialen Schichten und Gesellschaftsgruppen hinweg?

Weil diese Fragen nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern beantwortet werden können, wurden in einem ersten Beteiligungsschritt zunächst zahlreiche externe Schlüsselakteure und Protagonisten aus den Bereichen Natur, Gesundheit, Naturschutz, Klimaschutz und Bildung eingeladen, an diesem Prozess teilzuhaben. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bürgervereine, der Kleingärten und aus der Wohnungswirtschaft arbeiten in einer Begleitgruppe „Grüne Stadt“ mit, die sich bereits zweimal getroffen hat; dabei wurden Themen und Projekte ausgetauscht und Ziele und Strategien diskutiert.

In einem nun folgenden zweiten Schritt wird diese Bürgerbeteiligung konkreter werden. Hierzu sollen die Bürgerinnen und Bürger für Leitprojekte vor allem in den Stadtquartieren sensibilisiert werden. Die Leitprojekte heißen „Mein grünes Quartier“, „Mein grüner Freiraum“ und „Meine grüne Straße“ und sollen gemeinsam mit den Akteuren vor Ort erarbeitet werden. Erste Ideen für konkrete Maßnahmen sind bereits entstanden.

Um die Ziele der „Grünen Stadt“ als „Dachmarke“ zu verankern, wird eine dritte Phase mit einer Imagekampagne und einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit folgen.

### **3.10 Heimattage**

Die „Grüne Stadt“ ist am Laufen, ein anderes Thema steht in den Startlöchern. Sie wissen es: Karlsruhe wird 2017 Ausrichter der Heimattage Baden-Württemberg sein. Wir werden die erste Großstadt sein, die diese Heimattage veranstalten. Und dabei werden wir einen etwas anderen Blick auf das Thema „Heimat“ wagen, als dies vielleicht kleinere Kommunen tun.

Wie wir ein solches Thema für unsere Stadt – nicht nur für die Außenwirkung sondern auch für das Miteinander in unserer Stadt – erfolgreich nutzen können, das haben wir beim fulminanten 300. Stadtgeburtstag im vergangenen Jahr erlebt. Nicht umsonst sind wir beim Kulturmarkenaward 2015 in der Kategorie „Stadtmarke“ neben Hamburg und Bochum unter die ersten drei gekommen; und die Jury urteilte, der Karlsruher Stadtgeburtstag sei in einer Größe und Qualität gefeiert worden, an der sich sämtliche künftige Städte messen werden müssen.

Die Heimattage haben natürlich eine andere Dimension. Aber die Strahlkraft, wenn wir es richtig angehen, kann nicht minder sein.

Die Menschen in einer Großstadt leben anders zusammen, vielleicht zum Teil etwas anonym, mit vielen unterschiedlichen Kulturen, Lebensentwürfen und Wertevorstellungen. Daher werden wir beleuchten, was für die Menschen hier in Karlsruhe „Heimat“ bedeutet, was für diese „Heimat“ ausmacht und wie sie in ihrer „Heimat“ leben.

Das ist ein spannender Prozess, der durch die Heimattage Baden-Württemberg ausgelöst wird. Denn so wird das Bewusstsein der Menschen für Heimat geschärft und auch das Wir-Gefühl der Menschen gestärkt, die gemeinsam „ihre“ Heimat definieren. Wir sahen es ja schon beim 300. Stadtgeburtstag, wie gemeinsame Aktivitäten die Menschen zusammenbringen und ein neues Selbstbewusstsein prägt. Und mit eben diesen positiven Erfahrungen wollen wir auch die Heimattage 2017 gestalten.

Drei Themenfelder wurden identifiziert, die Karlsruhe ausmachen und die daher in den Fokus gerückt werden: „Heimat im Wandel“, „Heimat im Netz“ und „Heimat des Fahrraderfinders“. Mit der Umsetzung ist nun die Karlsruhe

Event GmbH betraut, die für diese Themen entsprechende Veranstaltungen mit den Karlsruher Institutionen und Menschen konzeptioniert und im kommenden Jahr dann auch organisieren wird. Dabei werden sowohl bestehende Formate eingebunden, aber auch neue Veranstaltungen werden entwickelt.

Ich freue mich schon sehr auf die Heimattage Baden-Württemberg 2017, denn mit dieser Themensetzung präsentiert sich Karlsruhe mit all seinen Facetten und Besonderheiten im Land Baden Württemberg. Die Qualitäten der Stadt werden mit spannenden Aspekten eines aktuellen, modernen Heimatbegriffs verknüpft. Zu den Heimattagen präsentiert sich Karlsruhe als eine Stadt im Wandel – eine Stadt zwischen Tradition, Moderne und Innovation.

## **4. Ausblick**

Sie sehen also: Es gibt nicht das berühmt-berüchtigte „Tal der Tränen“, es geht beim Haushalt 2017/18 nicht um Streichen und Sparen. Auch in schwierigen Haushaltszeiten haben wir viel vor, haben wir Schönes vor. Es gibt viel zu gestalten – vielleicht muss der ein oder andere Weg dahin noch kritischer hinterfragt werden, vielleicht ist die naheliegendste Lösung nicht die gangbare. Flexibilität und Kreativität werden mit Sicherheit gefragt sein. Aber das sind Sie ja.

Wir legen Ihnen mit diesem Haushaltsplan einen Entwurf vor, von dem wir überzeugt sind, dass wir damit sowohl die notwendigen Umstrukturierungen und Einsparungen erreichen, dass wir uns gleichzeitig aber auch den notwendigen Spielraum verschaffen für die so wichtigen Investitionen.

Ich danke der Finanzbürgermeisterin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtkämmerei für die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs. Ich bedanke mich auch bei allen Beschäftigten in den übrigen Ämtern, Dienststellen und Dezernaten für ihre Mitarbeit, sowie bei den Dezernenten selbst. Und natürlich danke ich Ihnen hier im Hause, den Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträten.

Vor uns liegen schwierige Beratungen. Ich freue mich auf die Diskussionen in diesem Haus.